

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 65 (1971)
Heft: 5

Artikel: Privatwirtschaftliche Rüstungsinteressen - eine Bedrohung des Weltfriedens : Vortrag, gehalten von Fritz Vilmar an der Jahresversammlung der Religiös-sozialen Vereinigung und der Vereinigung "Freunde der Neuen Wege" am 25. April in Zürich
Autor: Kremos, Helen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141900>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ternehmen in der Dritten Welt. Nach dem Bundesgesetz über die Garantie gegen die Investitionsrisiken übernimmt das Volk mit seinen Steuergeldern die Risiken, welche unsere Privatwirtschaft im Ausland eingeht. Der Bundesrat geht so weit, die Ausgaben dieser Risikendeckung als öffentliche «Entwicklungshilfe an die Dritte Welt» bezeichnen zu wollen!

Schlußfolgerung

Es gibt in der Schweiz verschiedene Leute, die aus verschiedenen Beweggründen einer gemeinsamen Sache dienen: der Landesverteidigung.

- Die einen, die Minderheit, um ihre privaten Interessen und Privilegien zu wahren: die vom Bundesrat unterstützten Industriellen und Finanzleute;
- die andern, die Mehrheit, weil sie glauben, ihre demokratischen Freiheiten zu verteidigen: das schweizerische Volk.

Der Staat verlangt von uns, daß wir Militärdienst leisten, um unsere Neutralität zu schützen. Wir wissen, was sich letzten Endes hinter der «bewaffneten Neutralität» verbirgt, und wollen uns nicht länger mißbrauchen lassen. **Deshalb weigern wir uns, weiterhin in einer Armee Dienst zu leisten, die eine Minderheit für ihre eigenen Ziele aufstellt, organisiert und anführt.**

Unsere Militärdienstverweigerung hat keinen Namen.

Wir geben uns keine der Etiketten, die nur da sind, um zu entzweien und um die zu isolieren, die für eine soziale Umwandlung kämpfen. Unsere Weigerung enthält, hinter der Ablehnung eines sozialen und wirtschaftlichen Systems, die Aufforderung an das Schweizervolk, die Teilnahme eines jeden an der Gemeinschaft wirklich zu diskutieren.

Privatwirtschaftliche Rüstungsinteressen — eine Bedrohung des Weltfriedens

(Vortrag, gehalten von Fritz Vilmar

an der Jahresversammlung der Religiös-sozialen Vereinigung und der Vereinigung «Freunde der Neuen Wege» am 25. April in Zürich)

Der durch sein Buch «Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus» bekannte deutsche Wirtschaftswissenschaftler und Soziologe Fritz Vilmar sprach über die verhängnisvolle Bedrohung des Weltfriedens durch die Rüstungsinteressen der kapitalistischen Wirtschaft. In den einleitenden Worten wies der Vorsitzende, Pfarrer Willi Kobe, auf die erstaunliche

Tatsache hin, daß schon 1932 die britische «Union of Democratic Control» das hintergründige Treiben der Rüstungskreise in der Schrift «Die geheime Internationale» (deutsch übersetzt und herausgegeben von der Schweizerischen Zentralstelle für Friedensarbeit, Zürich) aufgedeckt hatte. Gespannt folgten die Zuhörer des vollen Saales — darunter viele Jugendliche — Vilmars meisterlicher Analyse des kapitalistischen Rüstungsschaffens mit seinen ihm innewohnenden Widersprüchen, die einer wirksamen Friedenspolitik den Weg versperren. Der letzte Teil des Referates befaßte sich mit den Voraussetzungen und Methoden einer wirtschaftlichen Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion. Aus der Darlegung ging hervor, daß die Richtlinien des kapitalistischen Systems nicht volkswirtschaftlich, sondern betriebswirtschaftlich sind. Hohe Gewinne werden durch das Niedrighalten der Löhne erzielt, wodurch die Kaufkraft des Arbeitnehmers abnimmt, was eine Wirtschaftsstockung zur Folge hat. Die Güterproduktion in diesem Wirtschaftssystem entwickelt sich stets schneller als die kaufkräftige Nachfrage, daher müssen andere und schnellere Absatzmöglichkeiten gefunden werden. Dies geschieht durch Herstellung sich schnell verschleißender Waren, durch Massenproduktion von Konsumgütern für die Dritte Welt bei gleichzeitigem Import von billigen Rohstoffen. Das gewinnbringendste Geschäft für die einflußreichen amerikanischen Geschäftskreise sind die staatlichen Rüstungsaufträge und der damit zusammenhängende Waffenhandel. Eine der kapitalistischen Wirtschaft dienende Handels-, Zoll- und Steuerpolitik hat sich entwickelt, die einer staatlichen Subventionspolitik gleichkommt. Jeder zweite Steuerdollar geht in die Rüstung. Zahlreiche Industrien, von denen die sichtbarsten Schiffbau-, Flugzeug-Elektronik- und Raketendindustrien sind, stützen sich auf die Rüstungsaufträge. Diese forcierten Rüstungsausgaben dienen der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Konjunktur. Die Machteliten streichen die Großgewinne ein. Wett-rüsten bedeutet Verdienst, so nimmt die Arbeitslosigkeit ab. Millionen von Arbeitnehmern geraten mehr und mehr in wirtschaftliche Abhängigkeit von der Rüstungsindustrie, bei welcher der Absatz gesichert ist, denn die Großunternehmer produzieren für den Bedarf einer riesigen Kriegsmaschinerie, die sich ständig erneuert und reorganisiert. Diese kapitalistischen Machtgruppen interessiert weder Marktforschung noch Planung, denn sie wollen sich nicht auf eine bestimmte Profitrate festlegen. Abrüstung ohne zielbewußte Umstellungsplanung hätte wirtschaftlich katastrophale Folgen. Eine Entspannungspolitik gefährdet die Konjunktur in den USA. Durch Abschreckungspolitik war es möglich, diesen gigantischen Aufrüstungsapparat in Gang zu halten. Im Westen griff man zur Rollback-Strategie von Foster Dulles; die Folge davon war die Machtsicherung der Sowjetunion. In Westdeutschland verfocht Konrad Adenauer die These: «Man hat soviel Macht, als man militärische Kraft hat». Er verfolgte dabei das Ziel der Sicherung der eigenen

Machtposition im westlichen Bereich und das Zurückholen der DDR. Jetzt gibt der Osten 55 Milliarden Dollar jährlich, der Westen 110 Milliarden aus, also doppelt soviel. Um die Notwendigkeit dieses phantastischen Aufrüstungsprogramms glaubhaft zu machen, wird dem Volk systematisch eine Feindideologie beigebracht, wodurch die nationalistischen Vorurteile Fuß fassen konnten. Wer nicht mitmacht, wer opponiert, wird als Vaterlandsverräter abgetan. Dabei wird der Militärapparat als Instrument zur Disziplinierung der Massen eingesetzt (Griechenland, Lateinamerika, Tschechoslowakei). Auf Grund dieses herangezuchteten Hasses auf den sogenannten Todfeind entstand die Einkreisungsfurcht, der Ruf nach Lebensraum und die Folge waren die zwei Weltkriege (Wilhelm II., Hitler).

Trotz Atomzeitalter und der Erkenntnis, daß der Einsatz des Militärapparates lawinenartig in den kollektiven Selbstmord führen würde, entwickeln die Militärstrategen ständig neue gefährliche Konzepte für die Machbarkeit des Krieges. Anstatt eine rationale Kooperation, eine friedliche Koexistenz der zwei Gesellschaftssysteme zu akzeptieren, verharmlosen die Militärkreise den Atomkrieg. Eine neue Gruppe von Militärideologen propagiert jetzt die offizielle Nato-Strategie des begrenzten Krieges. Diese neue Theorie der «flexible response» läuft auf folgendes hinaus: vorerst Einsatz konventioneller Waffen, dann folgen gezielte Atomwaffen; es ist sozusagen eine kontrollierbare Eskalation mit eingeschalteten Pausen und gegenseitiger Möglichkeit, Halt zu machen vor der totalen Vernichtung. Der Trumpf in der Hand bleibt die nukleare Vergeltung. Einen neutralen Bereich gibt es in diesem Konzept nicht mehr. Europa, vor allem die Nato-Länder, wären die ersten Opfer.

Aufschlußreich waren die Ausführungen über die Verschleierungstaktik vom Einsatz der Forschung in der Rüstungsindustrie (Gewinne bleiben privat, Verluste werden sozialisiert). Die immer höher werdenden kostspieligen Forschungskosten für neue Erfindungen werden zum großen Teil vom Staat übernommen in Form von rüstungstechnischen Forschungsaufträgen. Er stellt dem Rüstungsgeschäft Milliarden zur Verfügung; dabei ist die Rüstungsforschung heute so spezialisiert, daß man sie zivil kaum noch verwenden kann. Daß industrielle Forschung ohne den widersinnigen Umweg über die Wehrtechnik möglich ist, zeigt das Beispiel Japans sehr deutlich. Der Vortragende erinnerte an Roosevelt, der mit seinem New Deal versuchte, die amerikanische Wirtschaftskrise auf dem Wege der Wohlfahrtsplanung zu überwinden; ohne Erfolg, denn es zeigte sich, daß der Widerstand des Großkapitals gegen jede gewinnschmälernde Planung kaum zu brechen ist. Gleichzeitig nehmen aber auch die sozialen Unruhen zu, und die Rassenprobleme verdichten sich. Eine Lösung zu finden wird dringlich. Sie kann nur gefunden werden durch staatliche Planung mit demokratischen Eingriffen, mit Druck auf die Rüstungskonzerne, sich auf nicht militärische Gütererzeugung umzustellen. Der Staat müßte, um die Konjunktur anzuregen, sehr

initiativ werden mit Staatsaufträgen für friedliche Zwecke: Infrastruktur, Bekämpfung der Wasser- und Luftverschmutzung, Lärmbekämpfung, Gesundheitsdienst, Förderung von Wissenschaft und Bildung und durch Schaffung einer gemeinwirtschaftlichen Forschungspolitik. Eine Demokratisierung aller Lebensbereiche, eine neue gesellschaftliche Bewußtseinsbildung und eine Friedenserziehung politischer Natur ist vonnöten. Um dem Militär den Boden zu entziehen, müßten gesellschaftskritische Untersuchungen die Schwarz-Weißmalerei aufdecken. Vilmar glaubt, daß gewaltfreie demokratische Aktionen gegen das repressive Herrschaftssystem mehr ausrichten als gewalttätige.

Präzis ging der Redner nach seinem Referat auf die einzelnen Voten ein. Im Anschluß an ein Votum bezüglich Konrad Lorenz widerlegte Vilmar noch die Auffassung, der Mensch besitze naturhafte Anlagen zum Bösen. Der Mensch, im Gegensatz zum Tier, betonte er, sei ein geschichtliches Wesen, das sich mit den politischen Mächten auseinanderzusetzen habe und das kooperative Arbeit zu leisten habe.

Aus dem vielschichtigen Referat ging deutlich hervor, daß wirksames Friedensschaffen ohne Strukturwandel nicht möglich ist.

Helen Kremos

Memorandum des SFR zum schweizerischen Friedensinstitut

Kriege hat es immer gegeben — aber es muß sie nicht immer geben!
Kriege sind keine Schicksalsschläge, sondern die Folge bestimmter Abläufe, von Menschen geplant und gestaltet.
Kriege sind somit erforschbar, beeinflussbar, überwindbar.

Friede ist mehr als «Nicht-Krieg».

Friede ist erst zu schaffen.

Friede bedeutet Entwicklung zu einer freiheitlichen, brüderlichen Welt.

Friede ist Veränderung der Welt zu sozialer Gerechtigkeit und Entfaltung des Menschen in der Gesellschaft.

Friede ist aber kein statischer, paradiesischer Endzustand.

Friede ist ein dynamisches Geschehen, ein immerwährendes Werden.

Friede ist immer wieder neu zu denken, und zu verwirklichen.

Auch Friede ist die Folge bestimmter Abläufe, von Menschen geplant und gestaltet.

Friede wird das Ergebnis politischer, erzieherischer, informatorischer, wirtschaftlicher und technischer Anstrengung sein.